



Das Centre for Justice, Governance and Environmental Action (CJGEA) erkämpfte 2025 bedeutende Erfolge für Umweltgerechtigkeit in Kenia: Vom Widerstand der Gemeinde Kilifi, der den Bau eines geplanten Kernkraftwerks stoppte – bis zur Durchsetzung des Urteils für die Opfer einer Bleivergiftung in Owino Uhuru. Die internationale Begleitung durch PBI ist dabei ein entscheidendes Schutzschild. Denn sie schafft den

sicheren Raum, in dem sich die Aktivist:innen ohne Angst für Menschenrechte und eine gesunde Umwelt einsetzen können. In Gerichtssälen, bei Gemeindeversammlungen und bei Protestmärschen signalisiert unsere Präsenz, dass die Welt zusieht. Diese Sichtbarkeit schreckt Einschüchterungen ab, fordert staatliche Rechenschaft ein und stärkt nicht zuletzt die Aktivist:innen selbst.

Abonnieren Sie
unseren Newsletter



MENSCHEN. RECHTE. SCHÜTZEN.

Liebe Unterstützer:innen,

stellen wir uns eine Welt vor, in der Gerechtigkeit kein Privileg ist: In der Journalist:innen frei berichten, indigene Gemeinschaften ihr Land bewahren und die Suche nach verschwundenen Angehörigen staatlich geschützt wird. In dieser Welt wäre PBI überflüssig. Doch der Weg dorthin ist keine Träumerei – wir gehen ihn bereits.

Das Jahr 2025 zeigt: Wenn wir mutige Menschen schützen, beginnt sich die Welt zu verändern. Historische Erfolge wie die Auszeichnung der Umweltschützerin Jani Silva mit einem Friedenspreis oder die neuen Schutzstrategien gegen Repressionen von Exil-Nicaraguaner:innen sind reale Utopien. Sie beweisen, dass Veränderung möglich ist, wenn **Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV)** ihrer Arbeit nachgehen können. In acht Ländern, von den instabilen Regionen Nepals bis zu den umkämpften Gebieten Kolumbiens, tragen wir zu ihrem Schutz bei.

Bitte bleiben Sie an unserer Seite, damit aus Visionen Realität wird – denn das geht nur mit Ihrer Spende.

In **Honduras** standen im letzten Jahr Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen im Mittelpunkt. Bereits im Vorfeld äußerte die UN-Sonderberichterstattung Besorgnis über zunehmende Drohungen und Stigmatisierung von MRV und Journalist:innen. Mehr als drei Wochen nach den Wahlen erklärte die Wahlbehörde den von Donald Trump unterstützten Kandidaten Nasry Asfura zum Sieger.

Die honduranische Zivilgesellschaft setzt sich weiterhin für die Bekämpfung struktureller Probleme ein: Korruption, hohe Gewalttaten, ungleiche Land- und Ressourcenverteilung sowie Angriffe auf Aktivist:innen. Anlässlich der Überprüfung der Menschenrechtslage vor dem UN-Menschenrechtsrat veröffentlichte PBI

Honduras gemeinsam mit lokalen Organisationen einen Bericht zur Diskriminierung und Gefährdung der LGBTQIA*-Community im Land. Zudem begleitete PBI insbesondere MRV, die sich für Landrechte und den Schutz natürlicher Ressourcen einsetzen.

Schutz gegen Repression im Exil

In **Nicaragua** erreichte die transnationale Dimension der Repression im Jahr 2025 einen neuen Höhepunkt, da kritische Stimmen und Oppositionelle zunehmend auch im Exil verfolgt und bedroht wurden. Ein dramatisches Beispiel hierfür war die Ermordung des Regierungskritikers Roberto Samcam in Costa Rica. Vor diesem Hintergrund verstärkte das PBI-Büro in Costa Rica gemeinsam mit Exilorganisationen den Fokus auf Sicherheitsstrategien, um bedrohte Aktivist:innen im Exil besser zu schützen. Im Oktober berichteten Sadie Rivas und Gender Sotelo Vargas in Deutschland und Spanien über Widerstand, Exilerfahrungen und die Situation inhaftierter MRV.

Ein UN-Bericht bestätigte die systematische Verfolgung über Landesgrenzen hinweg, woraufhin die EU ihre Sanktionen gegen Regierungsaktive verlängerte. Während internationale Kritik wuchs, isolierte sich die Ortega-Murillo Regierung zunehmend und kündigte sogar den Rückzug aus dem UN-Menschenrechtsrat an.

„PBI hat in unserem Land Leben gerettet. Die schützende Begleitung und die menschliche Verbindung, die ihr uns bietet, ist für unsere Arbeit von grundlegender Bedeutung.“

**MILDREY CORRALES CHARRY,
KOLUMBIEN**



„Wenn Frauen sich auf die Suche nach der Wahrheit machen, werden sie zu Menschenrechtsverteidigerinnen: Sie stellen das Schweigen und die Unterdrückung infrage, die ihnen von jenen auferlegt wurden, die ihre Angehörigen verschwinden ließen – und verteidigen damit letztlich die Rechte aller Menschen.“

**YANETTE BAUTISTA (†2025),
KOLUMBIEN**

45 JAHRE SOLIDARITÄT

Weltweit riskieren mutige Menschen ihr Leben für Gerechtigkeit, Landrechte und ein Leben in Würde. In Zeiten, in denen der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement immer enger wird, ist internationale Solidarität lebenswichtig.

Seit 45 Jahren steht PBI an der Seite derer, die nicht schweigen. Durch die Begleitung unserer internationalen Freiwilligenteams schaffen wir sichere Räume für gewaltfreien Widerstand. Auch PBI Deutschland feiert in diesem Jahr, dank Ihrer Treue, das 35-jährige Jubiläum.

Ihre Spende sichert unsere Präsenz vor Ort und stärkt unser Advocacy-Netzwerk in Politik und Diplomatie. Bitte helfen Sie uns weiterhin, mutigen Menschenrechtsverteidiger:innen Schutz und Sichtbarkeit zu geben. Ihre Unterstützung wirkt direkt dort, wo sie dringender gebraucht wird.

FINANZEN

PBI finanziert sich durch Spenden sowie öffentliche und private Zuschüsse. Von rund 2,5 Mio. Euro gingen in etwa 2 Mio. Euro direkt an PBI-Büros in den acht Einsatzländern. Für unsere Aktivitäten in Deutschland, einschließlich des Bildungsprojekts, zeichnen sich Ausgaben in Höhe von 500.000 Euro ab. Die endgültigen Zahlen sind nach Prüfung im Jahresbericht 2025 auf unserer Webseite einsehbar.

Peace Brigades International –
Deutscher Zweig e.V.
Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 - 3 89 04 37 - 0
info@pbi-deutschland.de
www.pbi-deutschland.de
Redaktion: PBI Deutschland,
Kristin Menzel (V.i.S.d.P.) Stand: Febr. 2026



So können Sie PBI unterstützen

- Spenden Sie einmalig oder regelmäßig – Jeder Beitrag hilft!
- Engagieren Sie sich ehrenamtlich
- Erzählen Sie Ihrem Umfeld von PBI
- Teilen Sie unsere Beiträge auf Social Media: Instagram, Facebook, LinkedIn, Threads, Bluesky

Spenden Sie für bedrohte Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger:innen

Spendenkonto
IBAN: DE14 4306 0967 2020 4060 00
BIC: GENODEM1GLS
Bank: GLS Bank
www.pbi-deutschland.de/spende

Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



ADVOCACY: IM EINSATZ FÜR POLITISCHEN WANDEL

2025 empfing PBI Deutschland Begleitete aus Organisationen in Guatemala, Honduras, Kolumbien, Kenia und Nicaragua. Bei den Treffen mit politischen Entscheidungsträger:innen und zivilgesellschaftlichen Partner:innen standen neben dem Schutz von MRV insbesondere LGBTQIA*-Rechte, indigene Rechte, Zugang zu Land, Umwelt- und Klimaschutz, transnationale Repression sowie Flucht und Migration im Fokus.

Darüber hinaus engagierte sich PBI Deutschland kontinuierlich im Advocacy-Bereich: Als Mitglied von sechs Menschenrechtsnetzwerken setzte sich das Team für die Anliegen begleiteter Aktivist:innen ein und stärkte deren Sichtbarkeit auf nationaler und internationaler Ebene.

So trägt PBI dazu bei, die Sicherheit, Anerkennung und Handlungsfähigkeit von MRV langfristig zu sichern.

Neun Jahre nach Abschluss des Friedensvertrags ist die Gewalt in vielen Regionen **Kolumbiens** trotz der Bemühungen um einen „Totalen Frieden“ unter Gustavo Petro wieder stark gestiegen. In Catatumbo, der Grenzregion zu Venezuela, kam es zu massiven Vertreibungen, weshalb PBI dort die Bauernvereinigung ASCAMCAT begleitete, um Landrechtsverteidiger:innen Schutz und Sichtbarkeit zu verleihen.

Ein positives Highlight war die Verleihung des Hessischen Friedenspreises an Jani Silva, die sich seit über vier Jahrzehnten mit der Vereinigung für nachhaltige Entwicklung der Perla Amazónica (ADISPA) für den Schutz des Amazonas und die Rechte kleinbäuerlicher Gemeinschaften in Putumayo einsetzt. Trotz vieler Morddrohungen führt sie ihre Arbeit in Begleitung von PBI fort.

Korruption blockiert den Aufbruch

Trotz der demokratischen Öffnung **Guatemalas** unter Präsident Bernardo Arévalo bleiben zentrale Staatsorgane durch alte Machtstrukturen gelähmt. Dies betrifft insbesondere die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras und den Sonderstaatsanwalt gegen Straflosigkeit Rafael Curruchiche: Die UN-Berichterstatteerin für die Unabhängigkeit von Richter:innen und Staatswält:innen kritisiert einen massiven Missbrauch des Strafrechts. Durch die vorsätzliche Kriminalisierung von MRV, Justizbeamt:innen und Journalist:innen werden grundlegende Menschenrechte systematisch verletzt.

Staatliche Reformversuche im Bereich der Landrechte blieben hinter den Erwartungen der Zivilgesellschaft zurück, weshalb PBI weiterhin Aktivist:innen unterstützt, die sich für eine Lösung der Landkonflikte einsetzen. Zudem begleitete PBI zahlreiche Gerichtstermine zur Aufarbeitung des über 30-jährigen internen bewaffneten Konflikts.

Widerstand gegen die Willkür

2025 war **Kenia** von wachsender Repression geprägt: Staatliche Gewalt gegen Proteste und der mutmaßliche Einsatz von Provokateuren schwächten das Vertrauen in die Institutionen. In diesem schrumpfenden Handlungsraum waren MRV verstärkt Überwachung und Drohungen ausgesetzt, was zu hoher psychischer Belastung führte.

PBI Kenia reagierte mit gezieltem Kapazitätsaufbau für das Netzwerk der „Women Human Rights Defenders“, um die Nachhaltigkeit ihrer Arbeit zu stärken und weitete die Kooperation mit den indigenen Ogiek aus. Ein historischer Erfolg gelang dem CJGEA (siehe Vorderseite): Auf ihren Widerstand hin stoppte das kenianische Kabinett ein umstrittenes Atomprogramm und löste die zuständige Behörde auf. Damit wurden die Ökosysteme rund um die Gemeinde Kilifi gerettet. Die schützende Begleitung durch PBI war hierbei entscheidend, um den nötigen Sicherheitsraum für zivilgesellschaftlichen Druck und die Debatte über gerechte Energielösungen zu schaffen.

Globaler Einsatz für Klima und Freiheit

Die politische Lage in **Indonesien** war 2025 geprägt von breiten Protesten gegen Regierungspolitik, Korruption und neue Gesetze. Staatliche Einsatzkräfte gingen teils gewaltsam gegen Demonstrierende vor, Hunderte wurden verletzt oder festgenommen. Kritiker:innen sehen eine Einschränkung demokratischer Freiheiten und einen schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum.

In Westpapua sind über 60.000 Menschen auf der Flucht vor Militäroperationen und haben weder sicheren Zugang zu Trinkwasser und Nahrung noch zu medizinischer Versorgung.

PBI arbeitete mit Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen in vielen Regionen Indonesiens, um besonders marginalisierten MRV Sichtbarkeit auf globalen Plattformen zu verschaffen. Bei Lobbyreisen in Europa konnten sie bei Filmfestivals, Podiumsdiskussionen und Gesprächen mit Politiker:innen von ihrer Arbeit berichten. Im November nahmen indonesische MRV aus Westpapua und anderen Regionen an der COP30 in Brasilien teil, um auf Regenwaldzerstörung in Südostasien aufmerksam zu machen und sich international für Klimaschutz zu vernetzen.

Kampf gegen das Verschwindenlassen

Auch im zweiten Amtsjahr von Präsidentin Claudia Sheinbaum blieb die Menschenrechtslage in **Mexiko** prekär. Mit über 133.000 Vermissten stieg die Zahl der Verschwinden gelassenen im Vergleich zur Vorgängerregierung sogar um 16 %.

MRV und Journalist:innen arbeiten weiterhin unter hohem Risiko – besonders gefährdet sind Land- und Umweltaktivist:innen. Der staatliche Schutzmechanismus bleibt aufgrund von Personalmangel und fehlenden Ressourcen weitgehend wirkungslos.

PBI Mexiko begleitete 2025 vor allem indigene Landrechts- und Umweltverteidiger:innen, die sich gegen die negativen Folgen des Bergbaus einsetzen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Unterstützung von Angehörigen ge-

**VIELEN
DANK!**

„Nur dank PBI kann ich mich sicher fortbewegen.“ Umweltaktivistin Jani Silva (dritte von links) schuf mit der Vereinigung ADISPA ein Schutzgebiet für 23 Dörfer, die fernab von Koka-Anbau und Ölindustrie nachhaltige Einkommensquellen entwickeln. Für ihr Engagement erhält sie regelmäßig Morddrohungen.

waltsam Verschwundener und Organisationen, die sich für Aufklärung, Anerkennung und politische Maßnahmen gegen das Verschwindenlassen stark machen.

Generation Z fordert den Wandel

Das Jahr 2025 war in **Nepal** von tiefer politischer Instabilität und einem historischen Umbruch geprägt. Für MRV schuf dies ein unsicheres Arbeitsumfeld. Das politische Klima war dominiert von massiven, durch die „Gen Z“ mobilisierten Protesten, weitreichenden Korruptionsermittlungen und dem daraus resultierenden Sturz der Regierung.

Gemeinsam mit MAHURI HOME, COCAP und dem Advocacy Forum unterstützte PBI Nepal lokale Organisationen in 14 Distrikten der Terai-Region dabei, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und sichtbar zu machen. Schulungen zu rechtlichen Fragen, psychosozialer Begleitung und Storytelling stärkten ihr Wissen und ihren Mut. Gemeindebasierte Schutzinitiativen verbesserten den Dialog mit Behörden und die systematische Erfassung der Fälle. Netzwerkarbeit und Advocacy verschafften marginalisierten Gemeinschaften mehr Gehör. Teilnehmende berichteten von mehr Selbstvertrauen, stärkerer Zusammenarbeit und wachsender Anerkennung in ihren Gemeinden. Gleichzeitig bleiben digitale Bedrohungen und die sich rasch wandelnde politische Lage eine große Herausforderung.

MRVs und Journalist:innen werden für ihre Arbeit kriminalisiert und sind massiven Bedrohungen ausgesetzt. Bisher zeichnet sich keine Verbesserung ab. PBI begleitet insbesondere Indigene-Organisationen sowie Familien verschwundener Personen und setzt sich in politischen Netzwerken für ihren Schutz ein.

BILDUNGSPROJEKT:

2025 konnte das PBI-Bildungsprojekt seine Arbeit erfolgreich fortsetzen und weiterentwickeln. Über 5.000 Teilnehmende wurden mit unseren Bildungsangeboten erreicht. Besonders erfolgreich war die Seminarreihe im Studiengang „Intercultural Conflict Management“ an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin sowie das Weiterbildungsseminar zu „Klimagerechtigkeit“ in Kooperation mit den „Klima-Monologen“.

Ein neues dreijähriges Projekt wurde bewilligt: „Zukunft verhandeln – Shrinking Spaces entgegenwirken, junge Friedensaktivist:innen durch entwicklungspolitische Bildung stärken“. Auch das Puppentheater mit Bildungsreferentin Heike Kammer ist weiterhin stark nachgefragt und vermittelt den Jüngsten spielerisch Themen des Globalen Lernens.

So trägt das Bildungsprojekt dazu bei, junge Menschen zu befähigen, sich aktiv für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte einzusetzen – lokal wie global.